



# Anne Lévy zweite Chance

ANDREAS VALDA

Alain Berset dominierte das Gesundheitsamt. Mit dem Wechsel von **Elisabeth Baume-Schneider** kann Chefbeamtin Anne Lévy ihre eigenen Ideen lancieren.

**A**nne Lévy ist die oberste Gesundheitschefin des Bundes. Die 52-jährige Bernerin ist seit drei Jahren im Amt. Sie kam im Pandemiechaos dazu. Doch während ihr Chef Alain Berset als Pandemiegeneral durch die Presse ging, blieb die Direktorin der Öffentlichkeit weitgehend verborgen. An Pressekonferenzen zusammen mit Berset kam sie bisweilen steif und emotionslos daher. Neben dem machtbewussten Berset zu bestehen, schien nicht einfach zu sein. Doch nun tritt er ab, und Elisabeth Baume-Schneider übernimmt. Damit öffnen sich der Direktorin neue Chancen.

Während der Pandemie musste sie rennen und Löcher stopfen. Das Amt war nicht vorbereitet. Das war nicht ihre Schuld, sondern die der Amtsvorgänger, doch Lévy musste die Kritik einstecken. Zwei Jahre lang war an Reformen kaum zu denken – so trat sie kaum in Erscheinung. Fragt man Parlamentsmitglieder, ob sie Lévy kennen, so heisst es oft: nur vom Namen her. Selbst in der Gesundheitskommission sieht man sie selten. Das Gesicht des Bundesamtes, sagt SVP-Kommissionsmitglied Hannes Germann, sei nicht sie, sondern Lévy's Stellvertreter Thomas Christen. Dieselbe Antwort gibt ein Dutzend Gesprächspartner, die von der «Handelszeitung» angefragt wurden.

Der Grund: Christen leitet das operative Geschäft der obligatorischen Krankenversicherungen. Ob Prämien, Tarife, Vertriebsmargen der Apotheken, Zulassungen, Generika oder Medikamentenpreise: Alles geht über seinen Tisch. All die Stakeholder versuchen sich mit Christen gut zu stellen. Aber kaum jemand spricht mit Lévy. Das ruft nach einer Erklärung.

## Wie Lévy im direkten Gespräch wirkt

Gesprächstermin in Liebefeld BE. Das Büro Lévy's im BAG-Hauptquartier ist nicht feudal, ihr Tisch nicht überladen. Der Hund, mit dem sie schon in den Schlagzeilen war, weil sie Vierbeiner im Büro erlaubt, ist nicht da. Eine grosse, elegant gekleidete Frau tritt einem gegenüber. Ein freundlicher Händedruck, der sie nicht steif wie bei öffentlichen Auftritten mit Berset wirken lässt. Die Aufgabenteilung zwischen ihr und dem Stellvertreter sei eingespielt, sagt die Politikwissenschaftlerin. Es mache keinen Sinn, zu

zweit in Kommissionssitzungen des Parlaments zu erscheinen. Sie sei über die wichtigen Aspekte informiert und vertrete die über die Krankenversicherung hinausgehenden Themen wie Digitalisierung und Tabakgesetzreform selbst. Das sei ihr Führungsstil.

Lévy hat im Amt für Ordnung gesorgt. Fünf von neun Führungsleuten sind seit ihrem Antritt neu. Das Eigenbudget sinkt um 45 auf 200 Millionen Franken. Vierzig Leute haben das Amt verlassen, weil die Pandemie vorüber ist. Dafür kommen fünf neue zur Digitalisierung. «Lévy hat so umorganisiert, dass das Amt heute besser funktioniert als vor und während der Pandemie», sagt SP-Nationalrätin Barbara Gysi. Sie habe den Betrieb beruhigt.

Im Gespräch nennt Lévy ihre Vorstellungen. Als Erstes, sagt sie, wolle sie die öffentliche Gesundheit stärken. Das beginne bei der Prävention. Je länger man gesund lebe, desto besser für die Betroffenen und das Gesundheitswesen. Daher der Begriff «Public Health» – Volksgesundheit. Sie nennt ein Beispiel: Eine Studie in Graubünden zeigte, dass die Zahl der Herzinfarkte bereits sechs Monate nach Einführung des Rauchverbots in der Gastronomie 2008 zu sinken begann. Ein Jahr später lag sie um 22 Prozent tiefer.

Dass Prävention ihr Steckenpferd ist, zeigt der Lebenslauf. Ihr halbes Leben widmete sich der Eindämmung von Sucht, sie kennt die Studien, die beweisen, dass sich ein Staatseingriff lohnt. Evidenz als Grundlage für politische Entscheide sei Lévy wichtig, sagt eine Wegbegleiterin. Doch jetzt muss sie ihre Schwerpunkte auch in der obligatorischen Krankenversicherung klarmachen. Denn explodierende Krankenkassenprämien sind die Sorge Nummer eins der Bevölkerung.

Lévy sagt, im Obligatorium habe sie vier Ziele: erstens die volle Digitalisierung des Gesundheitswesens, zweitens den Abbau von Fehlanreizen für teure Behandlungen, drittens die Überprüfung des Behandlungskatalogs und viertens die Missbrauchsbekämpfung. Die Digitalisierung ist vom Bundesrat soeben entschieden worden. Es ist dies Lévy's Programm. Das Parlament muss 392 Millionen dafür bewilligen, Economiesuisse steht dahinter. Ein verbindliches Patientendossier wurde gerade letzten Donnerstag vom Parlament beschlossen.

Der Megastreit um Fehlanreize im Zusammenhang mit ambulanten versus stationären Behandlungen dürfte noch in dieser Wintersession gelöst werden. Das Parlament will, dass Spitalaufenthalte künftig aus einer Hand bezahlt werden. So dürften kostentreibende Spitaleinweisungen tendenziell verschwinden. Zwar ist dies eine Initiative des Par-



laments. Doch es wäre die grösste Reform im Obligatorium seit zwanzig Jahren, und Lévy dürfte sie umsetzen. Die Befürworterschaft sagt, dass die Kosten jährlich um 4 Milliarden Franken sinken könnten. Dies entspricht 12 Prozent der Kassenprämien. Und doch steht die Reform auf Messers Schneide, weil Gewerkschaften opponieren. Lévy hofft sehr, dass das Parlament diese Reform verabschiedet.

### Bersets Boy Group

Hier kommt die Politik ins Spiel. Berset hat Lévy bisher abgeschirmt und voll auf zwei Personen gesetzt, die aus seinem engsten Umfeld stammen: auf Stefan Honegger (45) und den erwähnten Thomas Christen (48). Honegger ist Bersets persönlicher Mitarbeiter, Christen sein ex-persönlicher langjähriger Mitarbeiter. Beide sind Juristen. Christen war lange Generalsekretär der SP Schweiz, Honegger diente unter SP-Justizministerin Simonetta Sommaruga als politischer Referent im Generalsekretariat. Honegger, so sagen Verbandsvertretende, habe ganze Sparpakete verhandelt. «Berset gab ihm viel Freiraum», so ein Kenner. Wer zu Berset wollte, musste über Honegger oder Christen gehen. Dieses Trio, sagen Aussenstehende, habe alle Vorlagen der letzten Jahre zur Krankenversicherung geformt. Lévy blieb bislang aussen vor.

Das hat dem BAG bei den Bürgerlichen und der Pharma den Ruf eingebracht, ein «linker, ideologischer Haufen» zu sein. SVP-Ständerat Germann sagt: «Ich werde den Eindruck nicht los, dass das BAG primär eine politische Agenda verfolgt: die Einheitskrankenkasse. Koste es, was es wolle.» Mit der Blockierung von guten Lösungen – mehr Quali-

tät, weniger Bürokratie – erweise das Bundesamt den Prämienzahlern einen Bärendienst. Der Schaffhauser fordert mehr Innovation und nennt ein einfaches Beispiel: Es soll erlaubt werden, rezeptpflichtige Medikamente im Ausland günstiger einzukaufen. «Dann würden die Pharmapreise im Inland automatisch unter Druck kommen.»

Wo Lévy politisch steht, ist unklar. Ihr «Public Health»-Ansatz wird unter Bürgerlichen und Verbänden zuweilen kritisiert, weil man «sich gut dahinter verstecken» könne, um «keine Entscheidungen» zu treffen. Als Beispiel genannt wird die Wirkungsüberprüfung von Therapien und Medikamenten (HTA). Berset brüstet sich gerne damit, dass keine Leistungen abgebaut wurden. Lévy sagt, es sei ihr wichtig, die Überprüfung der Leistungen voranzutreiben. Sie habe jährlich im Schnitt rund 75 Millionen Franken eingespart – das wären 0,2 Prozent der Prämien.

### Arbeit am Leistungskatalog

Im Netz zu finden ist eine Liste offener HTA-Verfahren.

Die Wirkung vieler Therapien sei «unklar und wird überprüft», heisst es dort. Ein Problem seien die vielen Einsprachen seitens Betroffener bis vor Bundesgericht, so Lévy. Die Pharma beklagt derweilen, dass das BAG «fast nur Medikamente» überprüfe und «nicht alle anderen Therapieformen». Aber ein Verbandsvertreter gibt zu, dass Verfahren blockiert seien. Und so ist von aussen betrachtet nicht klar, wer die Schuld am Schnecken tempo trägt.

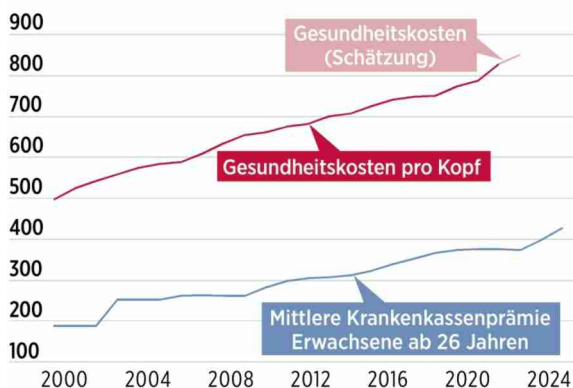
Parallel laufen diverse Initiativen, so zum Beispiel eine Vorlage, die den Anreiz schafft, günstige Generika statt teuren Originalmitteln zu kaufen. In den letzten drei Monaten fällte der Bundesrat diverse Beschlüsse, von denen sich Lévy Einsparungen von 300 Millionen Franken pro Jahr verspricht. Oft geht es um Medikamentenpreise. Deshalb liegt ihr Stellvertreter Christen im Dauerclinch mit der Pharma: Die Branche fordert, dass seine Chefin diesen Fokus korrigiere. Lévy müsse «vermehrt die Qualität und Versorgungssicherheit in die Preisgestaltung miteinbeziehen», heisst es beim Verband Interpharma. Aber ja, man akzeptiere den Umstand, dass dies «ein schwieriger Balanceakt» sei.

Lévy sagt, sie habe kein Problem, unpopuläre Entscheidungen mitzutragen, selbst wenn, wie zuletzt durch die Physiobranche, dagegen demonstriert wird. Der anstehende Hosenlupf um neue Tarife wird zeigen, ob Lévy das nötige Rückgrat besitzt. Ihre neue Chefin, Elisabeth Baume-Schneider, gilt weder als dossier- noch führungsstark. So könnte Lévy zeigen, was sie selber kann. Dabei dürfe die BAG-Kritikerschar sie an den wohl wichtigsten «Public Health»-Grundsatz erinnern: «Ein leistungsfähiges und bezahlbares Gesundheitssystem sicherstellen.»



## Gesundheitskosten sind höher und steigen rasanter als Krankenkassenprämien

Gesundheitskosten pro Monat und Kopf im Vergleich zu Krankenkassenprämien von 2000 bis 2023. Die Differenz bezahlen die Steuerzahlenden und Selbstzahlende.



**Lesebeispiel:** Die Kosten pro Patient/Patientin betragen 2022 827 Franken pro Monat. Im gleichen Zeitraum bezahlten die Versicherten 375 Franken pro Monat Krankenkassenprämien (mittlere Prämie, 26 Jahre und älter).

QUELLE: BSV/BAG

**«Die Pharmapreise würden automatisch unter Druck kommen.»**

**Hannes Germann**  
SVP-Mitglied der Gesundheitskommission

# HANDELSZEITUNG

Wirtschaft im Klartext.

Handelszeitung  
8021 Zürich  
058 269 22 80  
<https://www.handelszeitung.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Publikumszeitschriften  
Auflage: 31'969  
Erscheinungsweise: 50x jährlich



Seite: 7  
Fläche: 100'307 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 3007101  
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 90410794  
Ausschnitt Seite: 4/4



Anne Lévy, Direktorin des  
Bundesamts für Gesundheit:  
Neue Chance nach Alain Berset.

KEYSTONE/CHRISTIAN BEUTLER